

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

— Drucksache 11/3847 —

Bericht der Bundesregierung über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse der 2. Internationalen Nordseeschutz-Konferenz (2. INK) vom 24. bis 25. November 1987 in London

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung

— Drucksache 11/4213 —

Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die weitere Entwicklung der Belastung der Gewässer durch Ammonium-Stickstoff und Phosphor

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Der Bericht über den Stand der Arbeiten zur Umsetzung der Beschlüsse der 2. INK vom 17. Januar 1989 läßt offen, ob diese unzureichenden Beschlüsse bis 1995 noch eingehalten werden können. Der Bericht berücksichtigt nicht die vom Deutschen Bundestag am 7. Dezember 1988 beschlossenen weitergehenden, beschleunigt umzusetzenden Maßnahmen zum Schutz der Nordsee. Er ist daher dringend ergänzungsbedürftig.
2. Der Bericht über die weitere Entwicklung der Belastung der Gewässer durch Ammonium-Stickstoff und Phosphor bestätigt die schon 1986 festgestellte Notwendigkeit der Einbeziehung von Stickstoff und Phosphor in das Abwasserabgabengesetz und weiterer wirksamer Maßnahmen zur drastischen Reduzierung des Nährstoffeintrages aus Kommunen, Industrie und aus der Landwirtschaft. Die Einhaltung der Beschlüsse der 2. INK wird auch in diesem Bereich ohne drastische Maßnahmen nicht möglich sein.

II. Die Bundesregierung wird aufgefordert, unverzüglich die vom Deutschen Bundestag als notwendig erkannten, weitergehenden Maßnahmen zur Rettung der natürlichen Lebensräume der Nordsee und Ostsee durchzuführen und in einer konzertierten

Aktion alle für die Schadstoff- und Nährstoffbelastung der Nordsee und Ostsee Verantwortlichen zu einem Umdenken und insbesondere zu einem gewässerschonenden Verhalten zu veranlassen.

Die Bundesregierung wird insbesondere aufgefordert,

- unverzüglich eine gesetzliche Regelung zur Einführung des Standes der Technik auch für die Begrenzung von Nährstoffen im Abwasser vorzulegen, um die notwendige Abwasserreinigung so schnell wie möglich durchsetzen zu können,
- zur Modernisierung der kommunalen Kläranlagen ein Bundes-Länder-Programm zur Rettung der Nordsee und der Ostsee in der Größenordnung von 15 Mrd. DM mit 1 Mrd. DM für fünf Jahre mitzufinanzieren,
- die Anforderungen für die wichtigsten Industriebereiche zur Begrenzung der gefährlichen Stoffe im Abwasser nach dem Stand der Technik bis Mitte 1989 festzulegen. Herstellung und Verwendung besonders gefährlicher Stoffe sind durch Anwendung und Verschärfung des Chemikaliengesetzes und des Wasch- und Reinigungsmittelgesetzes sofort oder in zeitlich festgelegten Schritten zu verbieten,
- die notwendige Änderung des Abwasserabgabengesetzes vorzulegen mit Einbeziehung der zusätzlichen abgabepflichtigen Parameter Phosphor und Stickstoff und Erhöhung des Abgabensatzes ab 1. Januar 1990 um 10 DM pro Jahr für die nächsten 10 Jahre,
- die Nährstoff- und Schadstoffeinträge aus der Landwirtschaft durch einen Maßnahmenkatalog zur Durchsetzung einer umweltverträglichen Landwirtschaft unverzüglich drastisch zu vermindern. Dafür sind Änderungen bzw. die konsequente Anwendung des Bundesnaturschutzgesetzes, Wasserhaushaltsgesetzes, Pflanzenschutzgesetzes, Abfallgesetzes, Düngemittelgesetzes und der Trinkwasser-Verordnung dringend erforderlich,
- sicherzustellen, daß die Dünnsäure-Verklappung sofort beendet wird und die Abfallverbrennung auf hoher See schnellstmöglich eingestellt wird,
- vorsorgende Schutzmaßnahmen als Konsequenzen aus dem Tankerunfall vor Alaska zu treffen, um Nordsee, Ostsee und Wattenmeer vor einer drohenden Ölpest wirksam zu schützen,
- auf bilateraler und internationaler Ebene notwendige Maßnahmen zur Rettung der Nordsee mit besonderem Nachdruck auszuhandeln und durchzusetzen.

Bonn, den 10. Mai 1989

Dr. Vogel und Fraktion